



Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 22. April 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-06-0018

**Sicherung des Menschenrechts auf Familienplanung
-Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) vom 15.04.2008-**

Es ist zu beobachten, dass immer mehr ALG-II-Betroffene sich keine Verhütungsmittel mehr leisten können.

Dabei gehört das Recht auf Familienplanung gemäß der Proklamation der Internationalen Menschenrechtskonferenz von Teheran 1968 zum international anerkannten Menschenrecht auf Gesundheit.

Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie groß ist der Kreis von Betroffenen in Wiesbaden, die sich keine Verhütungsmittel leisten können?
2. Wurden diesbezüglich Anträge an das Sozialamt gestellt?
3. Sind in der Vergangenheit bereits diesbezüglich Hilfen gewährt worden?

Beschluss Nr. 0013

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

Wiesbaden, .04.2008

Ruf
stellvertr. Vorsitzende